

Beschlossen auf der Kreismitgliederversammlung Des Kreisverbandes Schweinfurt am 06.09.2011

Änderungsantrag zum Parteiprogramm:

Unter:

„I. Woher wir kommen, wer wir sind“,

Nach:

„Die Friedensbewegung forderte Abrüstung und vor allem die Beseitigung von Massenvernichtungswaffen. Sie unterstützte und prägte die Entspannungspolitik, der es in den 70er und 80er Jahren gelang, die gefährliche Blockkonfrontation der Nachkriegszeit aufzuweichen und so zu entschärfen.“

Einfügen:

„Der SPD-Vorsitzende und Bundeskanzler Willy Brandt knüpfte mit seiner Friedens- und Entspannungspolitik bewusst an das Gründungsverständnis der Sozialdemokratie an, dass Humanität und Krieg einander ausschließen und mehr Demokratie der Weg gesellschaftlicher Veränderung sein sollte. Er erhielt dafür den Friedensnobelpreis, wie später der Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion Michail Gorbatschow. Dieser forderte durch weitreichende Abrüstungsangebote und den Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan 1988 zu neuem Denken auf.“

Stattdessen streichen:

„Trotz der von Gewerkschaften in harten Auseinandersetzungen durchgesetzten Lohnsteigerungen, Arbeitszeitverkürzungen und verbesserten sozialstaatlichen Leistungen blieb durch die Notstandsgesetze und eine repressive Innenpolitik im Zuge der Auseinandersetzung mit der RAF die Erfüllung der Ansprüche der Demokratiebewegung auf halber Strecke stehen.“

Begründung:

Diese Formulierung stammt aus dem 1. Entwurf des Parteiprogramms. Sie begreift Willy Brandts Entspannungspolitik im kalten Krieg als Voraussetzung der politischen Öffnung der Sowjetunion durch Michail Gorbatschow, die wiederum Grundlage der Wiedervereinigung Deutschlands war und somit unabdingbar in die Entstehungsgeschichte der Partei DIE LINKE gehört. Gleichwohl entspricht die damalige Entspannungspolitik der Regierung Brandt unseren heutigen Vorstellungen von friedensstiftender Außenpolitik, die eben nicht auf Konfrontation, sondern auf Kooperation setzt. Gleiches gilt für die grundsätzlichen Politiklinien Gorbatschows. Beide Friedensnobelpreisträger stehen in unserer Tradition. Warum soll das unerwähnt bleiben?

Dagegen bringt der zu streichende Satz keine neuen Erkenntnisse. Die demokratischen Defizite des Kapitalismus werden schon an anderer Stelle ausreichend und zutreffend gewürdigt.

**Beschlossen auf der Kreismitgliederversammlung
Des Kreisverbandes Schweinfurt am 06.09.2011**

Änderungsantrag zum Parteiprogramm:

Zwei Sätze in den Zeilen 880/ 881 streichen:

„Immer deutlicher wird: Eine ökologisch nachhaltige Entwicklung steht im Widerspruch zur kapitalistischen Wachstumslogik.“

In den nächsten Satz „*aber auch*“ einfügen:

„Die ökologische Frage ist zugleich eine ökonomische, soziale und kulturelle, *aber auch* eine Systemfrage.“

Begründung:

Der absolute Rückzug auf die Systemfrage impliziert eine imaginäre Machtlosigkeit der Politik in der Gegenwart. Das Einfügen der Worte „*aber auch*“ durchbricht diese Absolutheit und schafft Freiräume für politisches Handeln im Kapitalismus.

Deshalb ist auch der vorherige Satz zu streichen. Wobei dieser auch inhaltlich fraglich ist, da wir beispielsweise in den Bereichen der regenerativen Energiegewinnung massive Wachstumssteigerungen benötigen, um die Atomkraft als Energielieferant abzulösen. Wachstum kann folglich ökologisch nachhaltig sein! Durch entsprechende Gesetze und Vorschriften ist es auch im Kapitalismus die ökologische Nachhaltigkeit des Wachstums positiv zu beeinflussen, bzw. zu steuern.

Unbestritten sind hingegen die theoretisch wesentlich besser abbildbaren Möglichkeiten zur Lenkung nachhaltiger, ökologischer Entwicklung im demokratischen Sozialismus.

Beschlossen auf der Kreismitgliederversammlung Des Kreisverbandes Schweinfurt am 06.09.2011

Änderungsantrag zum Parteiprogramm:

Unter:

„IV.3. Wie erhalten wir die Natur und Gesellschaft? Sozial-Ökologischer Umbau“,

Nach dem Satz in Zeile 2211:

„Wir fordern die unverzügliche Stilllegung aller Atomkraftwerke und ein Verbot für den Export von Atomtechnik.“

Einfügen:

„Im Grundgesetz muss das Verbot jeglicher – friedlicher wie militärischer – Nutzung der Kernenergie verankert werden.“

Begründung:

Die von der Bundesregierung eingesetzte Ethik – Kommission stellt in ihrem Bericht vom 30. Mai 2011 fest:

- Der schnellstmögliche Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie ist ethisch gut begründet. Aus Sicht der Kommission ist er geboten. Er ist möglich, weil es risikoärmere Alternativen gibt.
- Die zivile Nutzung der Kernenergie ist verlässlich nicht von der militärischen Nutzung als Atom- und Uranwaffen zu trennen. Diese Risiken der Atomtechnik lassen sich nicht voneinander losgelöst betrachten.
- Völkerrechtliche Versuche gegen die Weiterverbreitung bzw. die Weitergabe von Massenvernichtungswaffen und ihren Trägersystemen, waren bisher nur begrenzt wirksam. Für ein erfolversprechendes Unterbinden der Verbreitung von spaltbarem Material müssen die Quellen letztlich selbst geschlossen werden.
- Der schnellstmögliche Atomausstieg ist daher nötig. Und er wird empfohlen, um Risiken, die von der Kernkraft in Deutschland ausgehen, in Zukunft auszuschließen.

Was die künftige Nutzung der Kernenergie in Deutschland anbelangt, geht es nicht um irgendwelche Moratorien oder andere, von Aktionismus geprägte Vorschläge.

Mit diesem Antrag schließen wir uns dem Beschluss des Parteivorstandes vom 14.03.2011 an. *(Außerdem schlägt DIE LINKE vor, durch eine Änderung im Grundgesetz festzuschreiben, dass die Bundesrepublik Deutschland künftig auf die Energiegewinnung durch Atomkraft und auf den Export von Atomtechnologie verzichtet. (Sitzung des Geschäftsführenden Parteivorstandes am 14. März 2011))*

Spätestens im Angesicht der katastrophalen Ereignisse in Japan kann es nur eine vernünftige Konsequenz geben: **Im Grundgesetz muss das Verbot jeglicher – friedlicher wie militärischer – Nutzung der Kernenergie verankert werden.**

**Beschlossen auf der Kreismitgliederversammlung
Des Kreisverbandes Schweinfurt am 06.09.2011**